

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 RM.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 15 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände  
von  
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine  
(Herausgeber)  
Berlin N.O. 26, Reichswaldstr. 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz., 25 Pf., Familienanz., 15 Pf.,  
Vereinsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Reichswaldstr. 221/223.  
Schreibe- und Anzeigebüro, Nr. 47A.

Nr. 31.

Berlin, Mittwoch, 17. April 1912

Vierundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Der Friede im Schneidergewerbe. — Mittelstandspolitisch — Erziehungspolitisch. — Der im Glashaufe fikt. soll nicht mit Steinen werfen. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeile. — Verbände-Zeile. — Anzeigen.

### Der Friede im Schneidergewerbe.

Nach fünfwöchentlichem Kampfe ist der Friede im Schneidergewerbe wieder eingeführt. Am Oster-Sonntag konnte die Tagespresse mitteilen, daß die in Jena geflohenen Verhandlungen zu einer vollständigen Einigung geführt haben, so daß am 9. April die Arbeit auf der ganzen Linie wieder aufgenommen werden konnte.

In den Nummern 15 und 20 sind Ursachen und Beginn des Kampfes geschildert. Ueber den Verlauf desselben wollen wir kurz heute noch einiges nachtragen. Die mit Säulen und Trompeten in Szene gesetzte Generalausperrung hatte den Umfang nicht erreicht, den sich die Leiter des Arbeitgeberverbandes davon versprochen hatten. Ein ganz Teil Ortsgruppen leistete der Parole ihres Hauptvorstandes gar keine oder nur zu einem geringen Teil Folge, und weigerte sich die Ausperrung vorzunehmen. Andererseits gelang es wiederum vielen Ausgeperrten, sich aus ihrem Verwandten- und Kollegenkreise eine kleine Rundschicht zu bilden, für die sie die Zeit der Ausperrung über tätig waren, so daß sie während der ganzen Dauer des Kampfes auf eine Unterstützung verzichten konnten. Demzufolge fiel der Plan des Arbeitgeberverbandes, die Organisationskassen der Gehilfen innerhalb 14 Tagen zum Weichbluten zu bringen, gründlich ins Wasser. Der Kampf zog sich länger hin, als die Arbeitgeber gedacht hatten, und letztere ließen nun Gefahr, die ganze Frühjahrssaison einzubüßen, was den Ruin vieler kleinerer und mittlerer Arbeitgeberbetriebe bedeutete hätte.

Darum kam der Hauptvorstand des Arbeitgeberverbandes einer Anregung des Staatssekretärs des Innern Dr. De Lbrück gern nach und erklärte sich zu Einigungsverhandlungen unter der Leitung des Magistratsyndikus Dr. Hiller-Frankfurt am Main bereit. Diese Verhandlungen gingen am 26. März in Frankfurt a. M. an und nahmen drei Tage in Anspruch. Zu Beginn der Verhandlungen glaubten die Arbeitgeber ihr vor dem Kampfe gestelltes Ultimatum noch aufrecht erhalten zu können. Insbesondere war ihnen daran gelegen, die Mitwirkung der örtlichen Arbeitnehmervertreter bei der Aufstellung der Tarife auszuschalten. In der Lohnfrage zeigten sie insofern einiges Entgegenkommen, als die Mindestzulage für jeden Ort 5 Prozent betragen sollte, während vor dem Kampfe für manche Orte gar nichts, in anderen Orten nur 2, 3 oder 4 Proz. geboten waren.

Diese Angebote genügten jedoch den Arbeitnehmervertretern nicht. Sie erklärten, lieber noch weiter im Kampfe verharren zu wollen, ehe sie zugeben wollten, daß die örtlichen Vertreter von der Tarifberatung vollständig ausgeschaltet würden. Auch genügte die 5 Proz. Zulage für eine ganze Anzahl Orte nicht. Die Arbeitgeber sahen denn doch ein, daß sie sich diesmal in der Standshaftigkeit der Arbeitnehmer verrechnet hatten, und da ihnen anscheinend an der Beendigung des Kampfes gelegen war, so gaben sie Schritt für Schritt nach. Am dritten Verhandlungstage stimmten sie einem Vorschlage des Unparteiischen Dr. Hiller zu, welcher in seinen Grundzügen folgendes betrug:

Die Arbeitgeber gewähren für jeden Tarif eine Mindestzulage der Grundlöhne um 5 Prozent. Hinsichtlich der Orte, an denen eine höhere Zulage gefordert wird, erheben die Gehilfenverbände ihren Anspruch vor einem zu bildenden Kollegium von drei Unparteiischen. Das Spruchkollegium entscheidet end-

gültig in allen Fällen, wo die Parteien sich nicht einig sind.

Streik und Ausperrung nehmen am 1. April 1912 ihr Ende, und wird die Arbeit am 2. April wieder aufgenommen. Am gleichen Tage treten die Parteien unter Leitung der drei Unparteiischen in Jena zu den Tarifverhandlungen zusammen.

Die Gehilfenvertreter erklärten, daß ihnen dieser Vorschlag schon bedeutend impathischer sei, so daß sie ihm im Prinzip zustimmen könnten. Sie wollten ihn jedoch erst den Mitgliedern der streikenden Orte zur Abstimmung vorlegen, verpflichtet sich aber, für die Annahme des Vorschlages mit allen Kräften einzutreten. Diese Abstimmung fand nun in den folgenden drei Tagen statt. Wider Erwarten wurde der Vorschlag mit großer Majorität von den Gejellen abgelehnt. Die Streikenden erklärten, daß sie zu dem Kollegium der Unparteiischen, zu welchem außer Dr. Hiller noch die Herren Magistratsrat v. Schulz-Berlin und Gewerbegerichtsdirektor Dr. Brenner-München gewählt waren, volles Vertrauen hätten, aber trotzdem der Arbeitsaufnahme vor Festlegung der Tarife unter keinen Umständen zustimmen könnten. Der Arbeitgeberverband erklärte sich nun bereit, auch ohne daß die Arbeitsaufnahme vorher erfolgt sei, in erneute Verhandlungen zu treten und hob seinerseits die Generalausperrung am 2. April auf.

An demselben Tage traten die Parteien nun in Jena zusammen. Den Vorsitz führte Herr Magistratsrat v. Schulz. Die Orte wurden in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt. Zunächst hatte dann ein Ortsvertreter der Arbeitnehmer die Ursachen zu schildern, warum höhere Lohnforderungen gestellt werden, und die darauf bezughabenden örtlichen Verhältnisse klarzustellen, worauf die Arbeitgeber dann erwiderten. Nach genügender Darlegung der örtlichen Verhältnisse füllten dann die Unparteiischen ihren Spruch, in welcher Höhe die Lohnzulage zu erfolgen habe. Es gelang den Arbeitnehmervertretern in fast allen Fällen, die Unparteiischen davon zu überzeugen, daß die von den Arbeitgebern bisher gemachten Angebote bei weitem nicht genügen, so daß die Unparteiischen sich veranlaßt sahen, über das Mindestangebot von 5 Proz. weit hinauszugehen. So erhielten der Reihe nach Berlin 8½, Köln 5½, Düsseldorf und Halle 7½, Hamburg 7—7½ und in einer neuerschaffenen Klasse 11½, Braunschweig 7½, München 9, Regensburg 7½—12, Völs 5—7, Magdeburg 7, Weimaringen 5½, Quedlinburg 6, Thorn 7 und Trier 5½ Proz. In Wirklichkeit ist aber die Lohnzulage eine wesentlich höhere, da die Arbeitgeber auch bei den Extrarbeiten wesentliche Zuschüsse machen mußten und auch bei der Aufrechnung der prozentualen Lohnzuschläge auf die Stücklöhne fast ständig eine Aufrechnung nach oben erfolgte. Die Arbeitnehmer können also mit dem materiellen Erfolge des Kampfes wohl zufrieden sein.

Aber auch der moralische Erfolg des Kampfes ist nicht gering zu bewerten. Hat doch der Arbeitgeberverband des Schneidergewerbes die bittere Erfahrung machen müssen, daß sich die scharfmacherischen Mächte der Gruben- und Eisenherren im Schneidergewerbe nicht verwirklichen lassen. Es steht den Arbeitgebern unseres Gewerbes eben kein Milliardenkapital zur Verfügung, so daß sie in Seelenruhe auf einen Jahreserdienst verzichten könnten. Darum mußte der so groß angelegte Plan scheitern; er stand eben nicht mit der Wirklichkeit im Einklang. Es ist dies den Arbeitnehmern unseres Gewerbes das beste Zeichen, daß wenn sie nur fest zusammenhalten, es den Arbeitgebern nicht möglich sein wird, sie wieder in ein Abhängigkeitsverhältnis hineinzutreiben. Und so hoffen wir, daß dieser Kampf auch den Erfolg haben

wird, alle Kollegen von dem hohen Werte der Organisation zu überzeugen. Es darf in Zukunft keinen unorganisierten Angehörigen unseres Berufes mehr geben.

Wie sehr dieser Kampf die Friedensliebe des Arbeitgeberverbandes gefördert hat, geht aus dem Umfange hervor, daß am Schlusse der Jenaer Verhandlungen der Hauptvorstand der Arbeitgeber den Antrag stellte, die Gehilfenverbände sollten für fünf Jahre auf alle Machtmittel verzichten und die Erledigung der Tarifstreitigkeiten bis zum Jahre 1917 dem jetzt tätig gewesenen Schiedsrichterkollegium übertragen. Seitens der Gehilfenvertreter wurde erwidert, daß sie hierzu augenblicklich nicht Stellung nehmen können, da die Forderung eine ganz neue sei und sie demnach doch erst Gelegenheit haben müßten, mit ihren beschließenden Instanzen hierüber Rücksprache zu nehmen. Seitens der Unparteiischen wurde dann angeregt, allen neubestehenden Tarifen eine bestimmte Zeitdauer zu geben, so daß man nach etwa 5 Jahren einen gleichen Ablaufstermin für alle Tarife habe. Man würde dann dazu kommen, daß nicht alle Jahre ein Teil der bestehenden Tarife erneuert werden müßte, sondern in einem bestimmten Jahre die Tarife des Schneidergewerbes für ganz Deutschland geregelt würden, und dann für eine bestimmte Frist wieder Ruhe herrschen würde. Dadurch würde die alljährliche Beunruhigung im Schneidergewerbe verschwinden. Dieses Ziel könne nur erreicht werden durch den Abschluß eines Reichstarifvertrages. Nach längerer Debatte stimmten die Parteien schließlich folgender Vereinbarung zu:

Die Zentralorganisationen verpflichten sich, innerhalb der nächsten drei Monate unter dem Vorsitz der drei Unparteiischen an einem von diesen zu bestimmenden Ort und Zeitpunkt sich zur Beratung der Frage des Abschlusses eines Reichstarifvertrages zusammenzufinden. In der Zwischenzeit verpflichten sich die Parteien, ihre Anträge an die drei Unparteiischen a. Hd. des Herrn v. Schulz-Berlin einzureichen. Auch den Unparteiischen bleibt freigestellt, über die von den Parteien Vorschläge zu machen. Sämtliche Vorschläge sind spätestens 14 Tage vor dem bestimmten Termin einzureichen.

Damit war die Tätigkeit des Schiedsgerichts beendet. Die Verhandlung hatte vom Dienstag, den 2. April, morgens 8 Uhr, bis Oster-Sonntag mittags 1½ Uhr gedauert. Die wärmste Anerkennung zollen wir auch an dieser Stelle den Herren Unparteiischen, welche mit voller Hingabe ihres Amtes walteten und sich damit die Sympathien aller Beteiligten erworben haben. Ob es nun bald zum Abschluß eines Reichstarifvertrages kommen wird, läßt sich heute noch nicht beurteilen. Falls es aber dazu kommt, so gibt uns der Ausgang des Kampfes die Gewähr, daß der Reichstarifvertrag auf einem für die Arbeitnehmer recht günstig bearbeiteten Boden entpfliehet. Auch wir wünschen den Frieden, denn nur im Frieden kann das Gewerbe zum Segen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gedeihen.

B. Krüger.

### Mittelstandspolitisch — Erziehungspolitisch.

Es ist falsch, unter Mittelstand nur das Handwerk und den Kleinhandel zu verstehen, wie das noch heute vielfach geschieht. Der Begriff umfaßt auch die Mehrzahl der Landwirte und den großen Stand der Beamten im Staat, Gemeinde und Privatbetrieben. Aber wenn man von Mittelstandspolitisch redet, so denkt man vor allem an das Kleinhandwerk, auf dessen vermeintliche Bedürfnisse unsere sogenannte Mittelstandsgesetzgebung zugeschnitten ist. Diese Gesetzgebung ist eines der unerfreulichsten Kapitel der Sozial-

politik der Gegenwart, da sie vollständig versagt hat und versagen mußte, weil sie nicht mit der notwendigen Entwicklung ging, sondern gegen sie ins Werk gesetzt wurde. Jahrgänge sind zum Schaden des Handwerks und des Kleinhandels mit unfruchtbar gelebten Jahren verarmt, und selbst heute gibt es noch kurzfristige, die Bedürfnisse der Gegenwart nicht begreifende Mittelstandsanstalten, die das Ziel in der Beschränkung und nicht in der freien Erziehung der Kräfte suchen. Sie möchten am liebsten das ganze alte Kunsthandwerk mit allem seinen Zwang, vollem „Befähigungs“nachweis, Kontingentierung der Meister und anderen Beengungen wieder aufleben lassen. Dabei hat die Zwangsinne die wirtschaftliche Lage des Handwerks nicht im geringsten gehoben; im Gegenteil, die Klagen der Meister über den wirtschaftlichen Rückgang und der Kunsthandwerk über Untüchtigkeit der Handwerker sind heute zahlreicher als vor Einführung der Zwangsmaßnahmen. Auch sie sind ein gänzlich verfehlter Weg, der niemals zu dem erträumten Ziele führen wird.

Was dem Handwerk in Deutschland fehlt, hat vor einigen Wochen ein hervorragender Schulmann, der durch seine guten Erfolge auf dem Gebiet der Arbeitsschule bekannte Stadtschulrat von München Dr. Kerichensteiner in einer bedeutenden Rede im Reichstage ausgeführt. Er gehört heute zu den ersten Autoritäten auf dem Gebiete der Schulpolitik. Das System seiner Fachschulen — auf das wir hier nicht näher eingehen können — hat sich beruht bewährt, daß die Gemeinde München in beiden Kollegien einstimmig beschloß, eine gleiche Fachschule auch für Mädchen einzurichten. Der bayerische Handwerkerkongress hat sich einstimmig für die Kerichensteiner'schen Fachschulen erklärt; amerikanische und englische Handwerkerfördervereine haben beschlossen, Fachschulen nach dem Münchener Muster einzuführen. Wir erinnern an diese Tatsachen, um zu zeigen, daß im Reichstage endlich einmal ein Schulmann von weitem Blick, großer Erfahrung und guten Erfolgen über Handwerkerpolitik und die auf sie angewandte Erziehungspolitik gesprochen hat.

Auf die Grundfrage: „Was können unsere Schulen tun, damit die Qualität des Mittelstandsnachwuchses verbessert wird?“ fand Dr. Kerichensteiner eine Antwort, die große Schäden unserer heutigen Schul- und Handwerkerziehung beseitigt. Die ungeheure Entwicklung des pensionsfähigen Beamtenstandes und die Berechtigung des Einjährigendienstes wird in Deutschland immer eine große Anzahl tüchtiger Menschen dem Handwerk entziehen. Der Deutsche liebt es, in enge, aber sichere Häfen einzulaufen. Unsere jungen Leute ziehen es vor, magere Staatsbeamtenstellungen zu erlangen, nicht aber in die Wirtschaftskämpfe hineinzugehen. Die höheren realistischen Schulen in Deutschland geben der natürlichen Reigung der Jugend zu praktischer, selbständiger Betätigung nicht die genügende Nahrung. Im Gegenteil, diejenigen, die diese Schulen besucht haben, sind soweit es sich nicht um Meisteröhne handelt, für die praktische Betätigung in irgend einem industriellen oder gewerblichen Betrieb verloren. Dr. Kerichensteiner hätte noch weiter gehen können. Auch der Sohn des Handwerkers, der eine höhere Schule besucht hat, will von Handwerk und Handarbeit meistens nichts wissen. Auch die Eltern nicht. Sie wollen nicht viel Geld opfern, damit ihr Sohn ein Handwerk lerne; höher hinauf mindestens bis zum Beamten. Der Junge muß, wenn sie die Mittel nur irgendwie zusammenkriegen und -daben können, „studieren“. Damit kann man trocken und glänzen, wenn der Herr Sohn schließlich auch nur das große Meer des gelehrten Proletariats vermehrt.

Ohne diese Verachtung der Handarbeit könnten, so meint auch Kerichensteiner, gerade die Real- schüler dem gewerblichen Mittelstand ausgezeichnete Intelligenzen zuführen, was auch bei ihrer Gründung beabsichtigt wurde. In den Vereinigten Staaten haben die höheren Schulen in ihrem Organismus Einrichtungen, die das Absterben des selbständigen Tätigkeitstriebes verhindern. Diese Einrichtungen erhalten in den Schülern die Lust zu praktischer Arbeit, so daß sie beim Austritt aus den Anstalten, die unseren Real- schulen ganz gleichwertig sind, sofort in eine Fabrik als Lehrling eintreten können. Unerlässliche Vorbedingung für eine solche Gestaltung der Schulen ist, daß schon im Alter von 14 bis 16 Jahren die natürliche Reigung zur selbständigen Betätigung entwickelt wird, statt sie einschläfen zu lassen. Auf dem Lande sorgen die Lebensverhältnisse schon dafür, aber in den Großstädten, wo der Arbeitsplatz von der Wohnung der Familie getrennt ist und die Knaben vor dem 14. Jahre niemals in die systematische Arbeit eingeführt werden, ist das nicht möglich. Wie soll jemand,

fragt Kerichensteiner, der sechs Jahre oder länger auf einer höheren Schule nur mit Büchern gefüttert ist, den Mut finden, in eine Werkstatt einzutreten und mit seinen Händen Arbeit zu leisten? Ohne diese praktische Arbeit ist auch die Arbeitsfreude nicht zu erzielen, die Industrie und Gewerbe brauchen. Alle unsere Schulen treiben aber mehr von praktischer Arbeit fort, als daß sie auf sie zu steuern. Eine ungeheure Summe von Intelligenz und Kraft geht hier der Verelbständigung der wirtschaftlichen Existenz verloren. Die realistischen Lehranstalten in Bayern hatten vor 60 Jahren 2800 Schüler und heute 20 000; also 700 Proz. mehr, obgleich sich die Bevölkerung nur um 50 Proz. vermehrte. Da unsere realistischen Schulen keine Beziehungen zum praktischen Leben haben, geht von ihren Schülern nur ein sehr geringer Teil in die praktische Arbeit über. Wie sollen wir da Menschen von gesunder Intelligenz und Willenskraft in die gewerblichen Betriebe bringen, Menschen, die auf ihre eigene Selbständigkeit und Kraft angewiesen sind? Die vernünftige Wahl des Lebensberufs kann nur dadurch gehörig vorbereitet werden, daß der Jugend das Rohmaterial dafür geliefert wird; das heißt, daß ihrem Trieb nach praktischer Arbeit in dem Alter, wo er am stärksten ist, nachgegeben wird. Es ist sehr bemerkenswert, daß wohl oft über Faulheit in den Schulwerkstätten geklagt wird.

Es wird von Dr. Kerichensteiner verlangt, wenn man dem Mittelstand intelligente Kräfte zuführen wolle, die Schulen so zu organisieren, daß sie die gleichen Erscheinungen herbeibringen, wie die Schulen in den Vereinigten Staaten. Die Organisation, die hinter der Handarbeit steht, muß gleichzeitig mit ihr gelehrt werden. Eine richtig geleitete derartige Arbeit wird die Beobachtungsgabe, die Umsicht, Energie, die Ehrlichkeit und den Ehrgeiz dem Schüler beibringen, eine Sache so gut zu machen, wie es möglich ist. Wenn aber dieser Unterricht nach dem Grundsatz der Arbeitsgemeinschaft eingerichtet ist, dann wird er jene sozialen Tugenden entwickeln, die unser Volk so notwendig braucht: Hilfsbereitschaft, Eingabe und Vertrauensereue. Die Organisation unter Fortbildungsinstituten ist ein Weg zur Erhaltung des Handwerkerstandes. Mit Recht hat der preussische Handelsminister Sydow im preussischen Abgeordnetenhaus erklärt, daß eine gute Fortbildungsschule für den Mittelstand mehr bedeute als alle anderen Handwerkerforderungen. Will man wirkliche Mittelstandspolitik treiben, so muß nach Ueberzeugung des Münchener Stadtschulrats vor allem die technische Ausbildung der Lehrlinge auf unsere Mittelschulen übernommen werden. Auch er hat die Erfahrung gemacht, daß eine große Anzahl Meister Lehrlinge nur als billige Lohnarbeiter halten, nicht aber als Zöglinge, die sie einmals als tüchtige Mitglieder ihrem Berufe zuführen wollen. Mit der Ausbildung ist es bei solchen Meistern natürlich recht übel bestellt. Sie muß sich auch auf die kaufmännischen Erfordernisse erstrecken. Säge die Ausbildung nach dieser Richtung nicht so sehr im argen, so würden viele Submissionskämpfer nicht vorhanden sein. Sehr viele Meister halten Gesellen und Lehrlinge ängstlich von jeder Einsicht in Bücher und Preislisten fern. Besser kann es erst werden, wenn die jungen Leute von Jugend an durch eine gute Fachschule dazu erzogen werden, ihr Gewerbe auch vom kaufmännischen Standpunkte aus zu betrachten.

Als ein Musterbeispiel für Deutschland kann neben den Münchener Arbeitsschulen die Schule für Feinmechanik in Göttingen gelten. Die dortigen Mittelbetriebe haben sich zur Gründung dieser Schule zusammengeschlossen. In vier aufsteigenden Jahrestufen werden durchschnittlich wöchentlich 14 Stunden gegeben und zwar auf vier Wochentage verteilt. Im dritten Lehrjahre werden die Lehrlinge für sechs Monate vollständig von den Lehrmeistern entlassen und ganz der Fachschule überwiegen. Dr. Kerichensteiner fordert, daß alle derartigen Schulorganisationen nach lokalen Verhältnissen in verschiedenen Orten in verschiedener Weise aufgebaut werden. Aber nicht in Fertigkeiten, nicht in Kenntnissen liegt nach ihm das Hauptziel, sondern in der richtigen Ausbildung der Seelenverfassung der jungen Leute. Deshalb sollen drei Grundmerkmale nirgends fehlen: die reine Freude am praktischen Schaffen, das moralische Bedürfnis, alle Arbeit so gut, gewissenhaft und verträglich zu leisten, und die Gemeinnützigkeit und Gemeinshaftssinn. Wo es an diesen Grundlagen der Erziehung mangelt, da kann der Gewerbebestand nicht aufwärts kommen.

### Wer im Glashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

In der Görlitzer Waggonfabrik stehen seit einiger Zeit etwa 1200 Arbeiter im Streik. Nur die Gesellen arbeiten weiter. Gewerbetarbeitskollegen sind in sehr erheblicher Zahl an dem Kampfe beteiligt. Die Forderungen der Arbeiter sind durchaus berechtigt. Um so schärfer ist das Verhalten der Betriebsleitung zu beurteilen, die die sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen benutzte, um die Arbeiter einzuschüchtern. Selbigen wird ihr dies allerdings nicht. Es ist Pflicht jedes Arbeiterblattes, die Arbeiter in einem so berechtigten Kampfe zu unterstützen. Andererseits aber soll man sich hüten, solche rein wirtschaftlichen Bewegungen zu politischen Zwecken auszunutzen, wie es in diesem Falle geschehen ist. In seiner Donnerstag-Nummer zum Beispiel sieht sich der „Vorwärts“ genötigt, seine Mitteilungen über den Streik in Görlitz mit der Bemerkung zu schließen, daß an der Spitze des Aufsichtsrats dieser Aktiengesellschaft ein freisinniger Parteiführer aus Görlitz stehe.

Uns kann es ganz gleichgültig sein, ob dieser Aufsichtsratsvorsitzende ein Freisinniger oder ein Konservativ, ein Sozialdemokrat oder ein Zentrumsmann ist. Man lehnt durchaus gerechtfertigte Forderungen der Arbeiter ab. Das allein ist für uns maßgebend, und dagegen muß man ankämpfen, gleichviel, was Geistes Kind an der Spitze steht. Die Bemerkung ist aber in diesem Falle auch deswegen recht unangebracht, weil zweifellos unter den Streikenden sich auch freisinnig denkende Arbeiter befinden. Die Anrempelung des „Vorwärts“ ist aber nicht nur unangebracht, sie ist in diesem Falle ganz besonders unflug. Denn auch in dem sozialdemokratischen Stalle gibt es räudige Schafe. Selbst in der Redaktion des „Vorwärts“ ist es vor einigen Jahren vorgekommen, daß sechs Redakteure in den Streik zu treten sich gezwungen sahen. Vier waren die Arbeitgeber also Sozialdemokraten. Es ist weiter eine altbekannte Tatsache, daß die Lagerhalter an den Konsumvereinen oftmals bittere Klagen haben führen müssen über ihre sozialdemokratischen Ausbeuter. Aber ein besonderer Zufall will es, daß in derselben Nummer, in der sich der „Vorwärts“ über den freisinnigen Aufsichtsratsvorsitzenden modiert, ein „zielbewußter“ Arbeitgeber durch eine Zuschrift zu erkennen gibt, daß auch bei ihm die Arbeiter aus Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen die Arbeit haben niederlegen müssen. In Neuföhlen streifen die Fleischer. Von dem Streik betroffen ist auch der Fleischermeister Fischer der vom „Vorwärts“ angegriffen worden ist, und sich zur Einfindung folgender Erklärung an den „Vorwärts“ genötigt sah:

„Die im Absatz 2 des Artikels „Zum Fleischerstreik in Neuföhlen in Nr. 78 vom 2. April aufgestellte Behauptung, ich hätte einem Verbandstreiter gegenüber erklärt: „Die Beschlässe der Innung setzen mich mehr wert, als die Parteizugehörigkeit“, entbehren jeder Grundlage und sind aus der Luft gegriffen. Ich selbst bin seit 8 Jahren Parteigenosse und habe mir sowohl in der Partei wie auch in der Jugendbewegung viele Freunde erworben. Meine Gesellen erhalten nachweislich mehr Lohn als der Tarif bedingt. Ich kann aber eine anderweitige Arbeitsteilung meiner Gesellen wegen der von meiner Ausbeutung am meisten gestellten Anforderungen nicht vornehmen, da ich sonst in kürzester Zeit ruiniert wäre.“

Sier also ist der Unternehmer, der die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligt, ein tätiger Parteigenosse des „Vorwärts“. Man sieht daraus, daß auch die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie keineswegs ein Allheilmittel ist, und daß auch bei sozialdemokratischen Arbeitgebern häufig Anlaß zur Unzufriedenheit vorhanden ist.

Dafür noch ein drastisches Beispiel. Im sozialdemokratischen Volkshaufe in Göttingen sind die Arbeiter in den Streik getreten. Wie die Streikenden in einem Flugblatte der organisierten Arbeiterklasse mitteilen, kämpften sie schon seit November 1911 um Forderungen, die in Privatbetrieben schon bewilligt und in anderen Volkshäusern um die Hälfte höher sind. Es würden mit Vorliebe nichtorganisierte beschäftigt, während Organisierte arbeitslos seien. Durch das halsstarrige Verhalten der Geschäftsleitung seien die Arbeiter in den Streik getrieben worden. Das Organistesse nun ist, wie die Verwaltung des Volkshauses sich zu helfen suchte. Sie ließ Anskate anhängen mit der Aufschrift: „Bediene Dich selbst!“, und als das nichts half, leisteten die Anskatehelfer der Volkshausgenossenschaft, darunter auch der Landtagsabgeordnete Hildebrandt Streikbrecherdienste, indem sie

selbst die Speisen und Getränke servierten. Die Differenzen sind inzwischen beigelegt, und in einer öffentlichen Erklärung sagt der Gauleiter des Sächsischen Verbands, daß der Inhalt des Flugblattes der streifenden Kellner nicht aufrecht erhalten werden kann. Auf eine solche Erklärung ist natürlich gar nichts zu geben. Tatsache ist jedenfalls, daß die schlechten Arbeitsverhältnisse die Kellner in den Streik getrieben haben und daß diese schlechten Arbeitsverhältnisse in einem sozialdemokratischen Betriebe herrschten, der doch eigentlich ein Musterbetrieb sein sollte. Die sozialdemokratische Presse täte deshalb in ihrem eigenen Interesse gut daran, wenn sie die politische Gehinnung bei solchen wirtschaftlichen Kämpfen aus dem Spiele ließe. Solche Angriffe fordern zur Gegenwehr heraus, wobei die „Genossen“ wie die geschilberten Fälle zeigen, keineswegs Seide spinnen.

### Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 16. April 1912.

**Zwischen den organisierten Ärzten und den Krankenkassen** ist es zu einem Konflikt gekommen, der leicht recht bedenkliche Folgen haben kann. Die meisten Ärzte haben sich zu dem Leipziger Ärzteverband zusammengeschlossen, der ihre Interessen der Öffentlichkeit gegenüber vertreten soll. Die Neuordnung des Krankenkassenwesens durch die Reichsversicherungsordnung hat der Ärzteverband zur Stellung von zum Teil sehr weitgehenden Forderungen benutzt. So wird z. B. verlangt, daß für alle Versicherten, Angestellte wie Arbeiter, die mehr als 2000 Mark Gehalt einnehmen haben, die einzelnen ärztlichen Verordnungen nach den in der Privatpraxis ortsüblichen Sätzen bezahlt werden sollen. Diese und andere Forderungen erklären die Krankenkassen nicht erfüllen zu können. Darauf haben die organisierten Ärzte am 18. Februar beschlossen, zur erfolgreichen Durchführung ihrer Forderungen nach den Weisungen des Leipziger Verbandes „gleichzeitig, geschlossen, gleichmäßig und einheitlich“ gegen die Krankenkassen vorzugehen. Nicht mit Unrecht erblicken die letzteren darin den Beschluß des Generalstreiks und haben durch ihre Vorstände folgende Erklärung erlassen:

Der Leipziger Ärzteverband verbreitet in der Öffentlichkeit die Mitteilung, daß die Krankenkassen den Kampf gegen die Ärzte im Stillen vorbereiten. Diese Behauptung ist wahrheitswidrig und irreführend. Die Krankenkassen wünschen nichts schädlicher, als mit den Ärzten in Frieden zu leben, um ungehindert die ihnen vom Gesetzgeber zugewiesenen bedeutsamen Aufgaben zu erfüllen. Die Verbände der verschiedenen Krankenkassen, welche über 13 Millionen Versicherte umfassen und Arbeitgeber, Angestellte und Arbeiter aller Parteien in sich vereinen, erklären einmütig, daß die Krankenkassen nach wie vor bereit sind, den für die Kassen tätigen Ärzten eine durch langjährige Verträge zu sichernde würdige Stellung und Bezahlung ihrer Leistungen zu gewährleisten.

Die untergeordneten Verbände stellen aber fest, daß der Leipziger Verband seinerseits unmittelbar nach Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung den Entschluß angefaßt hat, seine bekannten Forderungen bei den Krankenkassen mit den Mitteln der Selbsthilfe durchzusetzen. Die grundlegenden Beschlüsse hierzu wurden bereits auf dem Stuttgarter Kongress am 22. bis 24. Juni 1911 gefaßt. Weiter haben am 18. Februar d. J. der Leipziger Verband und der Ärztevereinsbund gemeinsam beschlossen, daß zur erfolgreichen Durchführung der Forderungen aller sächsischen Organisationen nach den Weisungen des Leipziger Verbandes „gleichzeitig, geschlossen, gleichmäßig und einheitlich“ gegen die Krankenkassen vorgehen sollen. Das kann nur die Androhung des Generalstreiks bei den Krankenkassen bedeuten!

Trotz ihrer Bereitwilligkeit, allen berechtigten Wünschen der Ärzte entgegenzukommen, sind die Krankenkassen in Wahrung der ihnen anvertrauten öffentlichen Interessen nicht in der Lage, die maßlosen Forderungen des Leipziger Verbandes bereinigten Ärzten zu erfüllen. Kamentlich weisen sie entschieden zurück, daß, nachdem es der Gesetzgeber mit guten Gründen abgelehnt hat, die freie Arztwahl den Kassen vorzuziehen, der Leipziger Verband jetzt den Krankenkassen seine einseitigen Forderungen durch die rückfällige Ausübung seiner Nachmittel aufzuzwingen sucht.

Als Träger der öffentlich-rechtlichen, im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt geschaffenen Krankenversicherung erwarten die Krankenkassen von den gesetzgebenden Stellen und von den Behörden, daß sie vor den Bedrohungen und Bedrückungen des Leipziger Verbandes ausreichend geschützt werden, und daß ihnen unter allen Umständen die Möglichkeit sichergestellt wird, die ihnen für einen großen Teil des deutschen Volkes übertragene Fürsorge in Krankheitsfällen ordnungsmäßig durchzuführen.

**Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, Dresden.**  
**Hauptverband deutscher Betriebskrankenkassen, Essen.**  
**Allgemeiner deutscher Knappschaftsverband, Berlin.**  
**Verband deutscher Innungskrankenkassen, Hannover.**  
**Centrale für das deutsche Krankenkassenwesen, Berlin.**

Auf den Ausgang dieses bedeutamen Konfliktes, der hoffentlich ein friedlicher ist, darf man gespannt sein.

Die Lehrzeit im Handwerk, die früher durch die Zünfte geregelt war, ist im Laufe der letzten Jahrzehnte ziemlich durchweg auf drei Jahre bemessen worden. Neuerdings machen sich nun Bestrebungen geltend, die Lehrzeit wieder zu verlängern, weil angeblich durch den Besuch der Fortbildungsschule Zeit für die Ausbildung im Handwerk verloren gehe. Toraushin hat nun nach verschiedenen Zeitungs-meldungen der preussische Handelsminister den Innungen bedeutet, daß die Lehrzeit nur einbeihilflich für den ganzen Bezirk einer Handwerkskammer, nicht aber von Ort zu Ort verschieden geregelt werden könne. Die Begründung der Verlängerung durch den Besuch der Fortbildungsschule bezeichnet der Minister als völlig verfehlt, weil die Fortbildungsschule den Lehrling fördere und ihn in den Stand setze, das Ziel der Ausbildung früher, nicht aber später zu erreichen. Er erzieht die Bestrebungen auf Verlängerung der Lehrzeit nicht sachlichen Gründen entvringend an. Er verweist zugleich auf die Nachteile, die eine Verlängerung der Lehrzeit haben kann, indem sie nämlich die Zuführung des Nachwuchses zum Handwerk erschwert, weil nur wenige Eltern ihre Kinder eine 3 1/2 bis 4jährige Lehre durchmachen lassen können.

Dieser Hinweis sollte von den Innungen ernsthaft beachtet werden. Auf der einen Seite klagt das Handwerk über den Mangel an geeignetem Nachwuchs, auf der anderen Seite will es den Zugang noch erschweren. Das ist nicht logisch. Gewiß besteht ein großes Interesse an der guten Ausbildung der Lehrlinge des Handwerks, und in dieser Richtung sind ja starke Bestrebungen vorhanden. Aber die Fortbildungsschule bemengt sich durchaus in derselben Linie, und es ist deshalb unbedeutend, von ihrem Bestehen das Verlangen nach längerer Lehrzeit abzuleiten. Da liegt die Vermutung nahe, daß es in der Hauptache darauf abgesehen ist, die Arbeitskraft der Lehrlinge länger ausnützen zu können. Das würde die Anziehungskraft der Handwerkslehre kaum verstärken!

**Arbeiterbewegung.** In den sächsischen Kohlenrevieren wird noch immer weitergestreift. Die Arbeitnehmer haben die Regierung ermahnt, Einigungsverhandlungen anzubahnen. Der Streik der Stukkateure in Berlin nimmt ebenfalls seinen Fortgang. Die mehrfachen Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht sind ergebnislos verlaufen. Die Unternehmer hatten schließlich den Arbeitern zugemutet, sie sollten noch ein weiteres Jahr unter den alten Vertragsbedingungen zu arbeiten. Das haben die Stukkateure abgelehnt. In der Hauptache handelt es sich bei dem Kampfe um die Einführung des achtstündigen Arbeitstages. — In Hamburg dauert die Bewegung der Gasarbeiter und Seelente noch fort. Die eingeleiteten Einigungsverhandlungen werden weitergeführt. — Die Zuriichter der Kürschnerbranche in Weiskens a. S. haben wegen Ablehnung ihrer Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. — Sämtliche Formen- und Sieberearbeiter in Aachen, etwa 300 an Zahl, haben die Kündigung eingereicht, nachdem die Zustände des Arbeitgeberverbandes von der Versammlung als völlig unzulänglich abgelehnt worden sind. — In Hannover sind sämtliche Drahtschneidwerkzeuge wegen Lohnfortsetzungen in den Ausstand getreten.

Die **Dockarbeiter** im Hafen von Vorient (Frankreich) haben beschlossen, wegen Ablehnung ihrer Forderungen in den Generalstreik zu treten. — In den Vereinigten Staaten sind die Lokomotivführer mit Forderungen an die Eisenbahngesellschaften herantreten. Wenn dieselben kein Entgegenkommen zeigen, werden etwa 23 000 von 25 000 Lokomotivführern in den Ausstand treten. — In Budapest befinden sich seit längerer Zeit die Bäckergehilfen in einer Lohnbewegung. Jetzt wollen die Bäckermeister, um den fortwährenden Differenzen ein Ende zu machen, selbst sämtliche Gehilfen ausperren. Wie auf diese Weise die ewigen Konflikte beseitigt werden sollen, darüber werden sich die Herren Bäckermeister wohl selbst nicht klar sein.

**Eine nette Jugendziehung.** In Sonneberg erscheint eine sozialdemokratische Zeitung, der „Thüringer Volksfreund“, die kurz vor Ostern einen Leitartikel brachte mit der Uberschrift: „Unseren Schulklassen zum Gruß“. Darin hieß es: „Donnerstag floßen die Skulpturen ins Schloß, als ihr zum letzten Male der Zwingersburg den Rücken kehrtet. Nach achtjähriger Herzzerhaft

grüßt ihr das Licht und die Freiheit. Wie mehr seht ihr den Fuß auf die Straße, die euch acht kostbare Jahre eures jungen Lebens raubte. Wandert mit mir zurück bis zu dem Tage, wo ihr in ehrsüchtiger Schule zum ersten Male über die Schwelle der Schule tretet. Ahnungslos, in ungetriebener kindlicher Herrschaft, mit neugierigen Blicken, mit tausend Fragen auf den Lippen und freudiger Hoffnung im Herzen: so grüßt ihr die Schule. Ihr kamt in eine neue Welt. In eine Welt, die abgeschlossen vom gemaltigen Strom des Lebens, wie eine vereinsamte traurige Insel im moegenden Meere lag. Was ist von all eurer Jugendhoffnung geblieben, mit der ihr euch der Schule anvertrauet? Ach, das Neue verlort sehr bald seinen Glanz. Es war kein Edelmetall, das die Schule euch bot, es war wertloses Blei, das nur für Augenblicke glänzte und bald blind wich. In eure junge Seele schlich sich die Langweile. Keine von den vielen schönen Hoffnungen, die euer Herz erfüllten, ist lebendig geblieben. Eine um die andere habt ihr trauernd zu Grab tragen müssen. Ihr verlangtet nach Wissen, das euren Geist stärken und erfrischen sollte — aber die Schule gab euch Steine statt Brot. Ihr sehnht euch nach fröhlichem Spiel — aber die Schule schnürte euch ein. Ihr wolltet Aufklärung über die tausend Fragen der Natur und des menschlichen Lebens — aber die Schule umnebelte eure Sinne mit dem Koboldgeruch längst verfunener Zeiten. Ihr wolltet euer Denken entwickeln und das Gesehmähige im Weltgeschehen erkennen — aber die Schule füllte euren Geist mit ödem Gedächtnisgram und warf euch zusammenhangslos Broden hin, die euren Geiste keine Nahrung waren. Eure Eltern wollten, daß ihr zu willensstarken Menschen erzogen würdet — aber die Schule suchte euren Rückgrat zu brechen und eure Willen zu töten; sie zwang euch zu blinden Gehorsam und suchte euch zu Sklaven zu machen. Euer Geist verlangte nach wertvoller Lektüre — aber die Schule schloß euch Tag für Tag hinter das Beschluß, bei dessen blohem Anblick euch schon das Gähnen befiel. Ihr wolltet eure jungen Glieder dehnen und üben und stärken — aber die Schule zwang euch zum stundenlangen Stillstehen.

So mögt ihr hinblicken, wohin ihr wollt: überall seht ihr daß die Schule nicht gehalten hat, was ihr euch von ihr versprochen, daß sie an euch sündigte, eurer Entwicklung hinderlich war. Seht, habt ihr der Schule lebend wohl gesagt, und ihr werdet ihr keine Träne nachweinen. Die Schule hat euren Geist mit Ballast bepackt, und ihr werdet bald genug erfahren, daß ihr diesen Ballast erst über Bord werfen müßt, wenn ihr den Stürmen des Lebens die euch umbrauen werden, trotzen wollt. Der Kampf der Lebens erfordert anderes Rüstzeug und andere Waffen. Was euch die Schule gab, sind noch nicht einmal Schwerter aus Pappe. Wohl! ihr jungen Streiter: macht euch ans Werk, unüberwindliche Waffen fürs Leben zu schmieden! . . .

Das dürfte so ziemlich die stärkste Leistung sein, die auf dem Gebiete sozialdemokratischer „Aufklärungsarbeit“ erreicht worden ist. Der Mann, der obige Sätze geschrieben hat, der hat in der Tat von der Schule keinen Vorteil gehabt. An seiner Erziehung merkt man, daß aller Liebe Mühe vergeblich war. Und solchen Elementen sollen Eltern ihre in der Entwicklung begriffenen Kinder anvertrauen! Sie sollen zusehen, wie die jugendlichen Herzen mit fanatischem Haß erfüllt werden, wie jede Autorität untergraben wird. Welche Eltern könnten so etwas verantworten! Deshalb weist solchen Gespösten im wahren Sinne des Wortes die Tür. Unsere Antwort muß sein: Sine in mit unsern Kindern in den Jugendbund der Deutschen Gewerksvereine! Hier wird auch die Meinung des Anders geachtet, die Liebe zu der Natur und zu allem Edlen und Schönen gepflegt, durch angemessene Unterhaltung das Verlangen nach schlechter Gesellschaft unterdrückt. Darum, Gewerksvereinskollegen, hört auf unsere Mahnung und sorgt dafür, daß alle eure Kinder Mitglieder einer Jugendabteilung der Deutschen Gewerksvereine sind!

**Rechte — nicht Wohlthaten.** Wie notwendig es ist, daß sich die Arbeiter nicht auf Verprechungen einlassen, sondern klipp und klar ihr Recht verlangen, dafür legt eine Verhandlung Zeugnis ab, die vor kurzem vor dem Gewerbegericht in Mannheim stattfand. Ein Arbeiter klagte gegen seinen bisherigen Arbeitgeber, bei dem er 14 Jahre beschäftigt gewesen war. Nach dreijähriger Tätigkeit war ihm nämlich ein jährliches Gehalt von 100 Mk. zugesichert worden, das aber bis zur Auflösung des Vertrages in den Händen des Arbeitgebers bleiben und verzinst werden sollte, damit dem Arbeiter, wie in dem Vertrage ausdrücklich gesagt war, für seine späteren Tage ein Notpfennig gesichert und er vor Unglück und Elend so gut wie möglich geschützt sei. Der Vertrag enthielt aber außerdem noch die Einschränkung, daß das Geld nur bei Wohlverhalten zu zahlen sei und

